



Presseinformation

BLACKOUT-VORSORGE

07.09.2022

Blackout-Vorsorge: Symposium mit Impulsen zur Versorgungssicherheit

Diskussion mit Experten aus Energiewirtschaft und Krisenvorsorge im Parlament in der Hofburg

Die Sicherheit der Stromversorgung rückte gestern im Parlament in der Hofburg im Zuge eines Symposiums zum Thema Blackout-Vorsorge in den Mittelpunkt. Experten aus Energiewirtschaft und Krisenvorsorge erörterten die Situation der Stromnetze in Österreich und die Wahrscheinlichkeit für ein Blackout sowie Szenarien und Pläne, falls es zu einem solchen Fall kommen sollte.

Den Ausgangspunkt der Debatte bildete die Präsentation der Studie "Sichere Stromversorgung und Blackout-Vorsorge in Österreich. Blackout-Szenarien, Risiken und mögliche Schutzmaßnahmen". Die Studie der ARGE ITA/AIT (Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Austrian Institute of Technology) im Auftrag des österreichischen Parlaments schafft einen Überblick über das Wissen und den bestehenden Handlungsbedarf, um Stromknappheit oder Blackouts nicht entstehen zu lassen. Sie wurde Anfang 2022 veröffentlicht und hatte bereits vor dem Ukraine-Konflikt Themen wie etwa die Energiewende im Fokus.

Die Themen Blackout und Versorgungssicherheit seien derzeit allgegenwärtig, so Parlamentsdirektor Harald Dossi in seinen Eröffnungsworten. Dazu sprach er den aktuellen Kontext wie den Ukraine-Krieg, die Energiekrise und sichtbare Auswirkungen des Klimawandels an. Die Studie habe sich speziell mit der Blackout-Vorsorge in Österreich auseinandergesetzt und sei auch als eine Entscheidungsgrundlage gedacht.

Nationalratsabgeordneter Andreas Hanger (ÖVP), zugleich Präsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes, nannte in seinen Abschlussworten drei Punkte, die er sich aus der heutigen Debatte mitnehme. Zum einen gehe es um die Frage der klaren Zuständigkeiten in der Blackout-Vorsorge. Es brauche hier alle Ebenen, also die Gemeinden sowie die Landes- und Bundesebene. Außerdem sei ein stärkerer Fokus auf die Stromnetze notwendig, gerade in der Transformation in der Energieerzeugung, so Hanger. Bei aller politischen Gestaltung gelte es zudem, die Eigenverantwortung der Menschen in den Kommunen zu stärken.



Die Generalsekretärin von Österreichs E-Wirtschaft, Barbara Schmidt, appellierte dafür, die Diskussionen zu diesen Themen weiterzuführen und über die Interessen hinweg und gemeinsam an einen Tisch zu kommen. Bei allem, was die E-Wirtschaft mache, damit ein Blackout verhindert werde, sei Eigenverantwortung wichtig, sodass jeder und jede dennoch Vorsorge für einen solchen Fall treffe, so Schmidt. Zum Ausbau erneuerbarer Energie sei es ihr ein Anliegen, die Verfahren zu beschleunigen.

Studie gibt Überblick

Präsentiert wurde die Studie von Jaro Krieger-Lamina und Steffen Bettin von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Die Versorgungssicherheit in Österreich sei sehr hoch, hob Krieger-Lamina hervor. Es habe seit etwa 50 Jahren kein Blackout gegeben. Dadurch gebe es einiges an Ungewissheit im Umgang mit einer solchen Situation. In der Studie habe man auf Risikofaktoren fokussiert. Nicht Teil der Untersuchung seien – durch die Veröffentlichung Anfang des Jahres – die Entwicklungen seit Ende Februar. Vermeiden könne man ein Blackout nicht akut. Man könne nur entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, indem man etwa flexible Elemente im Stromnetz hinzufüge, um einen Spannungsabfall ausgleichen zu können oder ausreichend Reserven an Regelernergie anlege, erörterte Krieger-Lamina.

Bettin ging auf Entwicklungen wie den Ausbau erneuerbarer Energie, die Dekarbonisierung bzw. die Klimaneutralität ein. Dadurch werde die Energieversorgung umgebaut, das Thema Volatilität gewinne an Bedeutung. Es brauche dazu auch einen Netzausbau auf allen Ebenen, um die Versorgungssicherheit weiterhin auf hohem Niveau zu halten. Durch die dynamische Situation und mit vielen Akteuren sei das ein komplexes Unterfangen. An weiteren Empfehlungen nannte er etwa, die Risiken aus Umweltveränderungen in ein systematisches Monitoring aufzunehmen.

Impulse in der Debatte

An der Debatte nahmen neben Krieger-Lamina und Bettin auch Gerhard Christiner, technischer Vorstand der Austrian Power Grid AG, Gerald Hesztera, Leiter der Abteilung Strategie und Programmdirektor "Blackout" im Innenministerium, Philipp Eder, Leiter der Abteilung Militärstrategie im Verteidigungsministerium sowie Josef Ober, Bürgermeister der Stadtgemeinde Feldbach, teil.

Zur Versorgungssicherheit gebe es drei Aspekte, nämlich Stromerzeugung, Stromnetze und die Transformation des Energiesystems, meinte Christiner seitens der Austrian Power Grid AG. Er bemängelte, dass für diese Transformation keine Vorsorge im ganzheitlichen Sinn getroffen worden sei. Die explodierenden Stromkosten seien zwar einerseits der Gaskrise geschuldet, aber auch bereits einer Verknappung am Strommarkt. Beim Ausbau der erneuerbaren Energie seien die Stromnetze ein "ungeliebtes Kind" geblieben, so Christiner. Ein Blackout sehe er nicht in absehbarer Zeit und wies dazu unter anderem auf ein gut funktionierendes europäisches Auffangnetz hin. Für den Fall des Falles sei am Simulator erprobt worden, dass das Wieder-Hochfahren des gesamten Systems in Österreich bis zu 30



Stunden in Anspruch nehmen. Zu einer etwaigen Strommangellage nannte Christiner die Faktoren Import, aber auch Trockenheit, die die Wasserkraft reduziere, sowie das Thema Gaslieferungen. Derzeit werde auf europäischer Ebene untersucht, wie die Szenarien im Herbst aussehen könnten.

Eine Maßnahme zum Thema Blackout müsse sein, resilient zu werden, betonte Eder seitens des Verteidigungsministeriums. Für das Bundesheer sei daher festgelegt worden, in der Stromversorgung für 14 Tage autark sein zu können. Aufgrund von Bedrohungsanalysen der letzten Jahre wolle man das Bewusstsein schaffen, dass die Bevölkerung auch für die Eigenautarkie vorbereitet wird und habe zudem 100 wichtige Liegenschaften identifiziert, die 14 Tage lang autark sein sollen, damit sich Menschen im Fall des Falles an diese Stellen wenden können.

Auch bei der Polizei sei man sehr weit damit, Dienststellen zu haben, die blackoutsicher sind, erläuterte Hesztera. Im Fall eines Blackouts würden bei der Polizei bzw. beim Innenministerium die Kommunikationsmöglichkeiten umgestellt, sodass diese über mehrere Tage weiterfunktionieren. Auch mit Gemeinden oder anderen Blaulichtorganisationen vernetze man sich, damit im Fall eines Blackouts die Zusammenarbeit funktioniere.

Eine moderne Gesellschaft müsse die Frage beantworten können, was nach ein oder zwei Tagen Blackout passiert, zeigte sich Ober überzeugt. In Feldbach sei das gesamte Wasserleitungsnetz hundertprozentig blackoutsicher gemacht worden. Notstromversorgung gebe es dort nun auch für das Abwassersystem und die Kläranlagen. Geachtet worden sei etwa auch auf Einrichtungen wie Feuerwehrhäuser oder auf Notstromaggregate bei Ärzt:innen. Er appellierte jedenfalls auch an die Bevölkerung, die Bevorratung für Blackoutphasen mitzubedenken.

Folien und Studie zum Download: <https://fachinfos.parlament.gv.at/politikfelder/arbeits-soziales/sichere-stromversorgung-und-blackout-vorsorge-in-oesterreich/>

Live-Stream zum Nachsehen: <https://www.youtube.com/watch?v=2V7tYqiLsIs>

Fotos zum Download: <https://www.parlament.gv.at/SERV/FOTO/VER/1063528/index.shtml>

Rückfragehinweis

Mag. Christian Zwitnig, MSc.
Oesterreichs Energie
+43 1 50198 260
+43 676 845 019 260
presse@oesterreichsenergie.at
www.oesterreichsenergie.at

Josef Farda
Österreichischer
Zivilschutzverband
+43 699 19094947
josef.farda@zivilschutz.at
www.zivilschutz.at

Pressedienst der
Parlamentsdirektion
Parlamentskorrespondenz
+43 1 40110/2272
pressedienst@parlament.gv.at
www.parlament.gv.at